

Wo und wofür publizieren?

Von Prof. Dr. Dr. Wolfgang Gertler, Direktor der Klinik für Haut- und Geschlechtskrankheiten*)

Die repräsentativen medizinischen Zeitschriften der Deutschen Demokratischen Republik zeugen von der regen wissenschaftlichen Tätigkeit an unseren Instituten und Kliniken. Seit der Weimarer Gesundheitskonferenz von 1920, auf der der Perspektivplan zur Entwicklung der medizinischen Wissenschaft und des Gesundheitswesens in der Deutschen Demokratischen Republik zur Diskussion gestellt wurde, sind über die damals bereits vorhandene wissenschaftliche Zahl medizinischer Zeitschriften hinaus neue Publikationsorgane für ein- und zweifache ins Leben gerufen worden, die bis dahin in der Deutschen Demokratischen Republik publizistisch nicht vertreten waren: die experimentelle Medizin, die medizinische Labortechnik und die Geschichte der Medizin. Dadurch wurde es unseren Autoren möglich, Arbeiten aus nahezu allen Gebieten der Medizin ohne lange Verzögerung der Drucklegung in der Deutschen Demokratischen Republik zu veröffentlichen.

Seit langem hat es sich eingebürgert, daß die Wissenschaftler der Sowjetunion und der Volksdemokratien in unseren medizinischen Organen publizieren. Die immer enger werdende Zusammenarbeit mit den Ländern des sozialistischen Lagers legt auch uns die Verpflichtung auf, unsere wissenschaftlichen Ergebnisse öfter als früher durch die Zeitschriften dieser Länder zu verbreiten.

Die verständliche Furcht unserer Autoren, ihre Arbeit könnte in der Deutschen Demokratischen Republik und den deutschsprachigen Ländern nicht genügend bekannt werden, hemmt die Publikationen in den Volksdemokratien. Gewiß werden auch Artikel der Zeitschriften der Volksdemokratien im Rahmen der Weltliteratur in unseren Referateblättern besprochen. Solche Besprechungen können aber inhaltlich meist nur als ein notdürftiger Ersatz für die Originalarbeit angesehen werden.

Um aus diesem Dilemma herauszukommen, sehe ich mehrere Wege. Einmal sollten wir mit den medizinischen Verlagen der Länder des sozialistischen Lagers zu einer Vereinbarung kommen, daß — wie es vielfach in der Rumänischen und Ungarischen Volksrepublik bereits üblich ist — die Arbeiten aller Zeitschriften generell mit deutschen Zusammenfassungen erscheinen. Weiterhin wäre anzustreben, daß die in diesen Zeitschriften erscheinenden Artikel aus der Deutschen Demokratischen Republik in deutscher Sprache gedruckt werden, wie wir es von mehrsprachigen Zeitschriften u. a. der Ungarischen Volksrepublik her kennen. Ein solches Entgegenkommen der Verlage der Länder des sozialistischen Lagers würde natürlich auch unseren Verlagen die Verpflichtung auferlegen, unsere medizinischen Zeitschriften in Zukunft mehrsprachig zu gestalten, zum mindesten Originalartikel aus der Sowjetunion in russischer Sprache zu bringen. Dies würde u. E. die Durchdringung der wissenschaftlichen Erkenntnisse auf medizinischem Gebiet im Bereich des sozialistischen Lagers erheblich fördern. Sofort könnte aber damit begonnen werden, den Zeitschriften der Länder des sozialistischen Lagers Übersetzungen unserer in Zeitschriften der Deutschen Demokratischen Republik erscheinenden wissenschaftlichen Arbeiten anzubieten. Dieses Verfahren war, wenn auch auf Ausnahmefälle beschränkt, unter Voraussetzung des Einverständnisses des Originalverlages bisher schon üblich. Willen die Verlage der sozialistischen Länder in diese vorübergehende Maßnahme ein, so hätte das für unsere Autoren nur Vorteile.

Nun gibt es immer noch Mediziner in unserer Republik, die der Auffassung sind, daß ihre Arbeiten nur dann ein genügendes Echo haben, wenn sie in westdeutschen Zeitschriften oder in Zeitschriften des kapitalistischen Auslands gedruckt werden. Diese Kollegen unterschätzen erstens die Reichweite unserer Zeitschriften, zweitens sollten sie sich überlegen, daß die Stärkung unserer Zeitschriften durch wertvolle wissenschaftliche Beiträge zum Produkt

tionsaufgebot des Wissenschaftlers gehört. Die Bedeutung einer wissenschaftlichen Arbeit wird nicht so sehr vom Ruf der Zeitschrift, in der sie erscheint, bestimmt, wie von der Qualität ihres Inhalts, der umgekehrt die Bedeutung der Zeitschrift erhöht. Bei uns stehen aber durchaus nicht alle medizinischen Zeitschriften Westdeutschlands in gutem Ruf. Ich denke hier beispielsweise an die „Zahnärztlichen Mitteilungen“, das in Köln erscheinende Organ des Bundesverbandes der deutschen (soll heißen: „westdeutschen“) Zahnärzte, das in dreizehnjährigem Dornröschenschlaf die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik im Jahre 1949 nicht miterlebt hat und glaubt, daß auf ihrem Territorium noch die „sowjetisch besetzte Zone“ existiere. Sie ist darüber hinaus schlecht informiert, wenn sie von Sorgen unserer Zahnärzte „um das Schicksal und die Zukunft ihrer Kinder“ schreibt. Solche Sorgen hat es auch bei uns nicht gegeben, als wir noch in der „sowjetisch besetzten Zone“ lebten, und in der Deutschen Demokratischen Republik haben die Zahnärzte zwar eine Menge Arbeit, aber auch einen dementprechenden Verdienst, um den sie von vielen westdeutschen Medizinern beneidet werden. Grundsätzlich sind wir durchaus nicht dagegen, daß, ebenso wie die westdeutschen Autoren in unseren Zeitschriften publizieren, auch unsere Wissenschaftler Artikel in westdeutschen Zeitschriften veröffentlichen. Es bedarf aber wohl keines Hinweises, daß dabei nur solche Zeitschriften zu berücksichtigen sind, die loyal mit uns arbeiten, mindestens aber uns in unserer Arbeit nicht stören. In solchen Zeitschriften, die die Eroberungspolitik der Bonner Ultras objektiv unterstützen, sollten unsere Wissenschaftler aus Gründen der Selbachtung nicht publizieren.

Eine Rubrik von „wissenschaftlichen“ Artikeln in westdeutschen Zeitschriften setzt aber die Würde unserer Mediziner herab: Es sind Berichte über die Prüfung von Erzeugnissen der westdeutschen pharmazeutischen Industrie, die von den aggressiven Monopolen des Bonner Staates beherrscht wird, jener Industrie, die die Notiz im „Deutschen Ärzteblatt“ vom 25. August 1961 in Umlauf setzte, daß jeder Arzt „drüben“ (sprich: in der DDR) sich bewußt sein sollte, „daß er einen politischen Beitrag gegen das System leistet, wenn er die, wenn auch übertriebenen Erwartungen seiner Patienten auf die Wirkungen seiner Westmedikamente bestärkt“. Jeder Industrie, die unseren Ärzten zumutet, ihr bei der Vertuschung der Schuld, die sie mit der Freigabe ungenügend geprüfter Medikamente (u. a. Contergan) auf sich geladen hat, behilflich zu sein. (Vgl. „Universitätszeitung“ vom 22. März 1962). Ärzte der Deutschen Demokratischen Republik, die dem Bonner Staat durch derartige „wissenschaftliche“ Arbeiten willfährig sind, zeigen — mit Zurückhaltung gesagt — daß sie die großen politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge der Gegenwart immer noch nicht verstanden haben. Wenn früher einmal gelegentlich Präparate der volkseigenen pharmazeutischen Industrie der Deutschen Demokratischen Republik in Westdeutschland erprobt wurden, so ist es kaum vorgekommen, daß von Klinikern Westdeutschlands derartige Begutachtungen in Zeitschriften der DDR als „wissenschaftliche Arbeiten“ erschienen sind.

Jetzt kommt es darauf an, daß jeder Wissenschaftler und jeder Arzt gemeinsam mit unseren Werktätigen sein ganzes Wissen und Können der DDR zur Verfügung stellt, daß er, ebenso wie er mit seinen Leistungen unsere Produktion stärkt, durch wertvolle Veröffentlichungen die Bedeutung unserer medizinischen Zeitschriften erhöht. Denn es geht um die beschleunigte Vervollständigung des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik und um die Zukunft ganz Deutschlands.

*) Gekürzte Fassung eines Artikels, den Prof. Gertler für die Zeitschrift „humanitas“ schrieb.

Prof. Schwinge: Rücksichtslos in den Tod treiben!

EINE DOKUMENTATION



Zeichnung: Volker Frank

Für Schwinge ist der Soldat nichts als Kanonenfutter, und er fordert rigorose Bestrafung derer, die nicht gewillt sind, für die Imperialisten in den sicheren Tod zu gehen. (Vgl. nebenstehende Faksimiles.)

Die „Lehren“ aus dem ersten Weltkrieg ziehend, hält er den Faschisten, das deutsche Volk in den zweiten Weltkrieg zu treiben:

„Der größte Fehler, der trotz aller üben Erfahrungen in der Heeresgeschichte immer wieder zu beobachten ist, besteht darin, daß nicht rücksichtslos Gewalt angewandt wird, um die Widerständigkeit niederzuschlagen und den Gehorsam zu erzwingen.“

Voller Befriedigung stellt er fest:

„Der deutsche Gesetzgeber hat aus den Erfahrungen des Weltkrieges die notwendigen Schlüsse gezogen und diesmal dafür gesorgt, daß Gesetzgebung und Rechtsprechung jeder Möglichkeit der kriegserischen Entwicklung Rechnung tragen können.“

... Wenn heute beispielsweise Straftaten in manneszuchtgefährdender Blaufärbung auftreten würden (sprich: wenn sich das Volk nicht mehr auf die Schlachtbank treiben lassen will), wie es während des Weltkrieges in allen Armeen vorgekommen ist, so wäre es möglich, in jedem Einzelfall ohne Rücksicht auf den sonst maßgeblichen Strafsatz bis zur Todesstrafe zu gehen...

Wie lange noch Repräsentant der Marburger Universität?

Dies könnte in kritischer Zeit ein einziger Freispruch schon die Wirkung haben, die Kampfkraft der Truppe zu erledigen. Wie viele werden noch willens sein, Angriffshandlungen mit hoher Todeschance, z. B. ungedecktes Vorgehen gegen Maschinen-

So führt diese Überprüfung des militärstrafrechtlichen Schuldbegriffs zu dem Ergebnis, daß der Schuldbegriff weder dann entfallen kann, wenn dem Täter bei Ausführung des ihm erteilten Befehls der Tod sicher gewesen wäre — noch dann, wenn er durch unüberwindbare Besorgnis vor persönlicher Gefahr an der Erfüllung seiner Pflicht gehindert worden ist.

„Der Schuldbegriff im Militärstrafrecht“, Zeitschrift für Wehrrecht, 2. Jg. 1937/38, S. 443-448.

Die Reutereien in der Marine im August 1917²⁴⁾ sind ein Beweis dafür, daß keine Wehrmacht gegen das Auftreten derartiger Zerlegungsercheinungen gefeit ist, zumal dann, wenn sie mit kommunistischer Wühlarbeit rechnen muß. Es ist darum unerlässlich, schon im Frieden Gegenmaßnahmen zu treffen.

Wie anders wäre wohl bei uns die Weiterentwicklung verlaufen, wenn gegen jene Reuterei ein Schnellgericht nach dem Muster der Cours de conseils spéciaux Platz gegriffen hätte! Alle Kenner jener Vorgänge sind sich einig darüber, daß nicht nur gegen einige der Haupttäter, sondern gegen die Gesamtheit jener Reuterei rasch und energisch hätte durchgegriffen werden müssen. Hier machte sich das Fehlen eines Ausnahmeverfahrens verhängnisvoll bemerkbar! So konnte der Geist der Unbotmäßigkeit und Auflehnung weiter um sich greifen und zu den bekannten Vorfällen vom Herbst 1918 führen, die den Widerstandswillen in der Armee endgültig auslöschten.

Gegen eine Wiederholung derartiger Ereignisse in einem künftigen Krieg ist nur dann eine Sicherung gegeben, wenn auch bei uns ein Sonderverfahren gegen jene Kerndelikte des Militärstrafrechts geschaffen wird²⁵⁾.

„Militärgerichtsbarkeit im Kriege“, Zeitschrift für Wehrrecht, 7. Jg. 1942/43, S. 247-258

Es ist bereits geschildert worden, daß man sich in den Feindstaaten auch in dieser Hinsicht den Erfordernissen des Kampfes anpassen sollte. Daß die Briten bei Kamenflucht dem Gange launten, geht zur Genüge aus der hohen Zahl besessenen verurteilter Todesurteile hervor: 266 gegenüber 18 in dem sehr viel stärkeren deutschen Weere! Zu dem bekannten Kriegroman „Rough Justice“ von G. S. Monaghan wird eine wahre Exekution eindrucksvoll dargestellt.

„Die Entwicklung der Manneszucht in der deutschen, britischen und französischen Wehrmacht seit 1914“

Thälmann-Mörder Otto vor Gericht!

Appell an alle Lehrerbildner in der Bundesrepublik

„Mein Vaterland, dem ich angehöre und das ich liebe, ist das deutsche Volk, und meine Nation, die ich mit großem Stolz verehere, ist die deutsche Nation, eine ritterliche, stolze und harte Nation. Ich bin Blut vom Blut und Fleisch vom Fleische der deutschen Arbeiterklasse...“

Diese Worte charakterisieren Ernst Thälmann als einen Menschen, der seine ganze Kraft dem Wohle der deutschen Nation widmete. An der Spitze der deutschen Arbeiterklasse hat er, getragen von tiefer Liebe zum deutschen Volk, einen kompromisslosen Kampf gegen den deutschen Militarismus und Imperialismus, gegen den Krieg geführt. In der Zeit der tiefsten Schmach, als das Ansehen der deutschen Nation durch das verbrecherische Naziregime vor aller Welt in den Schmutz getreten wurde, verkörperte Ernst Thälmann in seiner Kerkerhaft das andere, das gute, fortschrittliche und zukünftige Deutschland. Als leidenschaftlicher Patriot und Internationalist wurde und wird er von den friedliebenden Menschen aller Kontinente verehrt. Unsere Jugend in der Deutschen Demokratischen Republik sieht in ihm eines ihrer größten Vorbilder — unsere Kinderorganisation trägt seinen Namen.

Am 18. 4. 1944, kurz nach Mitternacht, wurde Ernst Thälmann von dem SS-Erschießungskommando 99 im Krematorium des KZ Buchenwald durch Schüsse niedergestreckt. Führer dieser Kommandos war der SS-Stabführer Wolfgang Otto. Der

damalige polnische Häftling Marian Zgoda hörte von ihm die Worte: „Das war der Kommunistenführer Thälmann!“ Die Ermordung Ernst Thälmanns ist eines der größten Verbrechen an der deutschen Nation. Es ist ungesühnt — seine Mörder leben! Sie leben frei und unbehelligt in Westdeutschland!

Der SS-Verbrecher Otto lebt seit dem 5. 7. 1955 in Geldern, Hartorstraße 33. Wir hielten es nicht für möglich, doch es ist Gewißheit: Er ist als Lehrer an der katholischen Mädchenvolksschule tätig. Obwohl sich in ihm die „unbewältigte Vergangenheit“ personifiziert, darf er junge Menschen erziehen. Kultusminister Schütz, der ein Kesseltreiben gegen die tapfere Patriotin

Prof. Renate Riembeck führte, duldet diesen Verbrecher in der Schultube.

Ihnen obliegt wie uns die Erziehung und Ausbildung der künftigen Lehrer: unser Berufsethos verlangt von uns besondere politische Sorge um die Zukunft unserer Nation. Wir appellieren an Sie, Ihre Stimme im Interesse der humanistischen Erziehung unserer Jugend zu erheben: Dem ehemaligen SS-Führer muß die Befähigung als Erzieher auf Grund seiner Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die deutsche Nation aberkannt werden. Otto gehört auf die Anklagebank. An seinen Händen klebt das Blut Ernst Thälmanns.

Die Angehörigen des Instituts für Pädagogik

WISSENSCHAFT UND NATION

Große UZ-Diskussion über die 15. Tagung des ZK der SED, das Dokument des Nationalrats „Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands“ und den Vortrag von Prof. Kurt Hager im Marxistischen Kolloquium

Universitätszeitung, Nr. 18, 3. 5. 1962, S. 7